

Soziale Körper in Transformation: eine empirische Untersuchung über Integration von ZuwanderInnen und Nachbarschaft in Wiener Gemeindebauten

Nigg, Rosmarie

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nigg, R. (2006). Soziale Körper in Transformation: eine empirische Untersuchung über Integration von ZuwanderInnen und Nachbarschaft in Wiener Gemeindebauten. *SWS-Rundschau*, 46(2), 150-173. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-164421>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Soziale Körper in Transformation

Eine empirische Untersuchung über Integration von ZuwanderInnen und Nachbarschaft in Wiener Gemeindebauten

Rosmarie Nigg (Wien)

Der Beitrag stellt auf Basis einer Diplomarbeit ausgewählte Ergebnisse einer qualitativen empirischen Untersuchung zu Nachbarschaftsverhältnissen und integrativen Möglichkeiten im Wiener Gemeindebau vor. Medien berichten, dass es zu erheblichen Spannungen zwischen alteingesessenen und neu eingebürgerten BewohnerInnen in Gemeindebauten kommt, allerdings gibt es dazu keine empirisch fundierten Forschungsergebnisse. Dieser Artikel möchte dafür einen kleinen Beitrag leisten. Ausgehend von theoretischen Befunden zur Beziehung von städtischer Sozial- und Raumstruktur informiert dieser Aufsatz anhand einer qualitativen Auswertung über die Sozial- und Interaktionsstrukturen in drei ausgewählten Gemeindebaukomplexen.

Keywords: integration of migrants, neighbourhood, residential segregation in cities

1. Einleitung

Westeuropa ist seit den 1960er-Jahren vermehrt Ziel von Einwanderung geworden, wobei Städte und urbane Ballungsräume einen Großteil der Zuwanderung aufnehmen. In Folge bilden sich Konzentrationen von EinwanderInnen in bestimmten Stadtvierteln und in Vorstädten von Ballungsräumen (Bade 2001, 19). Dies trifft auch auf die Stadt Wien zu. Ihr Gesicht – ihre soziale Struktur und räumliche Erscheinungsform – verändert sich laufend im Zuge von Migration und globalisierten Beziehungsgeflechten.

Jede Stadt verfügt über begehrte und weniger begehrte Wohnviertel. Die Lage und Qualität des Wohnortes, und somit Lebensqualität sowie Kosten für Mieten oder Eigentum, hängen von der individuellen Position auf dem Arbeitsmarkt und der sozioökonomischen Situation ab. Wo und wie man in einer Stadt wohnt, zeigt daher auch sozialstrukturelle Verhältnisse und gesellschaftliche Statuspositionen auf. Unsere Gesellschaft ist von Ungleichheiten des sozialen Raums, von Macht- und Verteilungskämpfen geprägt. Positionskämpfe in diesem Raum sind auch durch Wohnstandorte sichtbar und können soziale Nähe oder Distanz ausdrücken (Konzept der Segregation). Die nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen demokratischen Republiken in Deutschland und Österreich entkoppelten durch sozialstaatliche Wohnungspolitik diesen direkten Zusammenhang von Einkommen und leistbarem Wohnraum. In Wien entstanden in den 1920er-Jahren die ersten kommunalen Wohnanlagen, bekannt als »Wiener Gemeindebauten«.

Sozialer Wohnungsbau wurde im Laufe der Zeit für die breiten Schichten der Wohnbevölkerung zugänglich und trug zu einer »Durchmischung« der Wohnbevöl-

kerung bei (Desegregation). Für MigrantInnen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei, die ca. 60 Prozent der ausländischen WohnbürgerInnen Wiens ausmachen und großteils in schlechten Wohnverhältnissen leben, blieb der Zugang zu diesem günstigen Wohnraum bisher verschlossen.¹

Dieser Artikel skizziert die oben angeführten Zusammenhänge der Makro- und Mesoebene, wobei der Hauptteil aus wesentlichen Ergebnissen der qualitativen empirischen Untersuchung in drei Wiener Gemeindebauten besteht, die ich für meine Diplomarbeit *Städtische Räume & Wiener Verhältnisse. Integration von Zuwanderern und Nachbarschaft in Wiener Gemeindebauten. Eine empirische Untersuchung über Umgangsformen und Vorstellungswelten* (Nigg 2005) durchführte. Die Studie begibt sich auf die Mikroebene des gelebten Alltags und untersucht die Möglichkeit eines interkulturellen Zusammentreffens durch Nachbarschaftsbeziehungen.

In Kapitel 2 werden Zusammenhänge von Zuwanderung, Segregation und Wohnungspolitik erörtert. Der erste Teil behandelt theoretische Ansätze zur Erläuterung der Beziehung von urbaner Sozial- und Raumstruktur, die sich auf Aspekte von Integration, Segregation und städtischer Wohnraumversorgung beziehen. Der zweite Teil führt in die historische Entwicklung sozialer Wohnungspolitik in Deutschland und Österreich ein, die auch der Integration von Zuwanderung diene.

Kapitel 3 gibt einen Einblick in die Situation von MigrantInnen in Österreich und Wien. Vorgestellt werden strukturelle Integrationsindikatoren des Arbeits-, Wohnungs- und Bildungsmarktes. Die Stadt Wien besitzt ca. 220.000 Gemeindewohnungen und kann als »größter Wohnraumbesitzer Europas« bezeichnet werden. Als Folge des Einzugs von neu eingebürgerten BewohnerInnen soll es im Gemeindebau zu Spannungen und Konflikten kommen (Kohlbacher 2000, 6, Die Presse, 12. 11. 2005, 15).

Meine empirische Untersuchung greift diese Problematik eingebettet in einen größeren Zusammenhang des Zusammenlebens auf. In Kapitel 4 werden die Fragestellung, Untersuchungsdimensionen und Methode erläutert.

In Kapitel 5 werden Teilergebnisse der qualitativen, empirischen Studie vorgestellt. Diese zeigt für jeden Gemeindebau jeweils folgende Sozialstrukturen auf:

1. BewohnerInnenstruktur, Nachbarschaftsverhältnisse und Tendenzen der Veränderung;
2. hausinterne Werte, Normen und soziale Kontrolle;
3. interne Interaktionsstruktur;
4. Integrationspotenzial;
5. Interaktionsstruktur mit der Verwaltung und Politikvertrauen.

1 Bis zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2003/109/EG waren neben österreichischen Staatsangehörigen EU-, EWR-StaatsbürgerInnen, Schweizer und anerkannte Flüchtlinge zugangsberechtigt. Seit dem Jahr 2000 gibt es unabhängig von dieser Richtlinie einen Pool von 2.000 Notfallwohnungen, die über die »soziale Schiene« von »Wiener Wohnen« (der für Gemeindebauten zuständigen Einrichtung der Gemeinde Wien) vergeben werden können. Am 23. Jänner 2006 endete die Umsetzungsfrist für die EU-Richtlinie 2003/109/EG. Diese Richtlinie regelt die Rechtsstellung von langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen und sieht eine Gleichstellung von AusländerInnen vor, die sich »langfristig« (mindestens fünf Jahre lang) in einem EU-Staat niedergelassen haben (Die Presse, 10. 11. 2005).

Jeder Gemeindebau wurde als soziale Einheit betrachtet und retrospektiv gestellte Fragen zu diesen Dimensionen sollten auch Veränderungen im Laufe der Zeit sichtbar machen (dies meint der Titel »Soziale Körper in Transformation«). Den Abschluss bildet eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.

2. Zuwanderung, Segregation und Wohnungspolitik

2.1 Theoretische Befunde – Beziehungen zwischen Sozial- und Raumstruktur

Nur wenige soziologische Theorien setzten sich bisher mit Verbindungen von sozialer und räumlicher Struktur und ihren Beziehungen auseinander (siehe dazu ausführlicher Nigg 2005, Kap. I, Punkt 4).

Ein allgemeines theoretisches Modell, warum es zu räumlich separierten sozialen Gruppen kommt, bietet uns der französische Soziologie Pierre Bourdieu an. Für Bourdieu (1998, 48) wird soziales Verhalten von Macht- und Verteilungskämpfen und vom Wunsch nach Unterscheidung und Abgrenzung geprägt. Distinktionswünsche und wechselseitige Ausschließungswünsche formen unsere soziale Welt. Auch im physischen Raum können sich diese Bedürfnisse niederschlagen. Raum kann auch über Wohnstandorte angeeignet und dominiert werden (Bourdieu 1991, 30). Der Wohnort signalisiert Dominanz, eine hohe oder eine niedere soziale Position und soziales Prestige.

Lokalisationsprofite sollen besondere Positionen im physischen Raum ausdrücken: *Situationsrenditen* ermöglichen Ferne zu unerwünschten sowie Nähe zu begehrten Gegenständen und Personen. Sie resultieren aus Ruhe, Sicherheit und Ästhetik (z. B. Villenviertel am Stadtrand). *Okkupations- oder Raumbelungsprofite* ergeben sich etwa aus der Möglichkeit, einen großen Wohnraum mit einem schönen Ausblick in das Grüne zu erwerben. *Positions- oder Rangordnungsprofite* entstehen z. B. aus einer guten Wohnadresse, die eine hohe gesellschaftliche Position anzeigt (Bourdieu 1991, 30).

Auch die Segregationsforschung analysiert den Zusammenhang zwischen sozialer und räumlicher Ungleichheit und hatte von Anfang an theoretisch wie empirisch eine Verbindung zu Zuwanderung und Integration.

Die Anfänge der stadtsoziologischen Segregationsforschung liegen in der Sozialökologie der Chicagoer Schule. Park, Burgess und McKenzie gingen Anfang des 20. Jahrhunderts auf Probleme der Stadt Chicago ein, die durch Zuwanderung sehr hohe Bevölkerungszuwächse verzeichnete und mit erheblichen sozialen Konflikten kämpfte (Treibel 2003, 85). Damals entstanden Klassiker der Sozialökologie und der Stadtsoziologie, wie z. B. das 1921 erschienene Buch *Introduction to the Science of Sociology* (Park/Burgess 1970/1921) oder *The City* (1968/1925). Verschiedene EinwanderInnengruppen aus Italien, Griechenland, China und Deutschland verteilten sich nicht gleichmäßig im Stadtgebiet, sondern bildeten Siedlungskonzentrationen.

Park, der ein Schüler von Georg Simmel war, interpretierte diese Zonen idealtypisch als kulturell homogene Rückzugsgebiete, als »natural areas«, die über eigene lokale und ethnische Wertestrukturen verfügen. Park nahm an, dass die sichtbare räumliche Distanz und unterschiedliche räumliche Verteilung von unterschiedlichen sozioökonomischen und/oder soziokulturellen Gruppen ein Indikator für ihre soziale

Distanz sei, und prägte dafür den Begriff »residentielle Segregation« (Dangschat 1994, 427). Segregation war für Park eine Notwendigkeit, weil sie ZuwanderInnen hilft, eigene Netzwerke auszubilden. Nach und nach können Kontakte zur Aufnahmegesellschaft geknüpft werden. Im Laufe der Zeit sollte die zweite und dritte MigrantInnengeneration einen sozialen Aufstieg erleben und sich die Segregation auflösen. Das Phasenmodell linear ausgerichteter Integrationsprozesse, der »race-relations-cycle«, führt bei Park in vier Phasen immer zu individueller Angleichung (»assimilation«). Die Realität zeigte jedoch, dass integrative Prozesse komplexer sind und auch diskontinuierlich verlaufen bzw. regressiv Phasen aufweisen können. Erst spätere Modelle (etwa Esser 1980) berücksichtigen auch strukturelle Benachteiligungen der Aufnahmegesellschaft (soziale Ungleichheit, Ausgrenzungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, etc.). Dabei kann während eines Integrationsprozesses nicht ausgeschlossen werden, dass andauernde Konflikte entstehen oder Gruppen permanent untergeordnet werden.

Residentielle Segregation – die ungleiche räumliche Verteilung von Wohngebieten sozialer Gruppen – ist »ein generelles und kulturübergreifendes Phänomen« (Fassmann 2002, 14). Ob diese Tatsache eher positiv oder eher negativ zu bewerten ist, wird in der Migrations- sowie in der Stadt- und Regionalforschung sehr unterschiedlich bewertet.

Positiv wird Segregation von Häußermann und Siebel beurteilt. Häußermann sieht nach US-amerikanischen Erfahrungen bestätigt, dass sich die Integration in den Arbeitsmarkt über kollektive ethnische Gruppenprozesse vollzieht. ZuwanderInnen können zudem oft nicht in vollem Umfang von sozialstaatlichen Hilfen im Falle von Bedürftigkeit profitieren (Häußermann 1998, 148). Für Siebel dient Segregation der Vermeidung von Konflikten – sie ermöglicht es, mit gewünschten Gruppen zusammenzuleben und erleichtert den Aufbau von Hilfsnetzen (Siebel 1997, 40).

Negativ bis skeptisch wird Segregation von Heitmeyer (1998, 450 – 455) eingeschätzt. Er sieht gruppenspezifische Eigeninteressen, »die Desintegration forcieren und Schließungsprozesse nach innen mitsamt Konflikten an den Grenzen von Stadtvierteln und Communities fördern« (ebd., 452).

Ein Problem in diesem Zusammenhang besteht darin, dass nach und nach die einheimischen Mittelschichten aus diesen Brennpunkten wegziehen. Dangschat (2002, 29 – 30) verweist in seinen Arbeiten immer wieder darauf, dass sich gesellschaftliche Mittel- und Oberschichten von derartigen Problemgebieten sozialräumlich absetzen und selbst in »störungsfreien Kontexten« leben. Völlig offen ist in Deutschland der empirische Zusammenhang zwischen Konzentrationen von benachteiligten Gruppen in bestimmten Stadtteilen und der Wahrscheinlichkeit, von Exklusion oder Inklusion betroffen zu sein (Dangschat 2004). Nach Fassmann (2002) ist Segregation ein Element von sozialer Ungleichheit, die neben sozialen Benachteiligungen auch mögliche Benachteiligungen aufgrund schlechter Infrastruktur, schlechter Wohnqualität und verringerter Lebensqualität bringt. Für ihn belegen empirische Erhebungen (Fassmann 2002, 22), dass durch Segregation Kontakte zur Aufnahmegesellschaft reduziert werden und räumliche Konzentrationen von MigrantInnen im Zusammenhang mit ungenügender Integration stehen. Fassmann plädiert für Maßnahmen im Bereich der Stadtentwicklung und der Wohnbaupolitik. Unabhängig von der Staatsbürgerschaft soll es

zu Förderungen und zu einer Öffnung von Wohnungsteilmärkten kommen. Neben dieser Öffnung des Wohnungsmarkts sind jedoch weitere begleitende Maßnahmen zur Systemintegration über den Arbeitsmarkt und den Bildungsbereich unerlässlich.

Ob und wie die Ebene des Stadtviertels bzw. des Wohnortes für Fragen zur Integration von ZuwanderInnen bedeutsam ist, versucht eine Studie von Hanhörster und Mölder (2000) empirisch zu erfassen. Zwei Fallstudien in den beiden strukturell benachteiligten Stadtteilen Duisburg-Marxloh und Wuppertal-Osterbaum, die hohe AusländerInnenanteile aufweisen, zeigen, dass BewohnerInnen mit ihren Wohngebieten spezifische Traditions- und Erinnerungswerte verbinden. Die Integrationsbereitschaft sowohl der etablierten einheimischen als auch der neu zugezogenen ausländischen Bevölkerung wird nicht nur von der Wohnsituation, sondern wesentlich auch von Umgangsformen im öffentlichen Raum und von der Wahrnehmung des sozialen Klimas im Stadtteil beeinflusst. Strukturelle Faktoren wie der Zugang zum Wohnungsmarkt, schlechter Ausstattungsgrad der Wohnungen, sozialräumliche Vernachlässigung oder etwa Arbeitslosigkeit sind wichtige Faktoren für die Qualität der Beziehungen zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen. Auch kristallisieren sich auf öffentlichen Plätzen Konflikte zwischen Etablierten und AußenseiterInnen über die Nutzung bestimmter Orte heraus, die mit kollektiven Erinnerungen verbunden sind. Residentielle Segregation kann durch stadtplanerische und sozialpolitische Einflussnahme in einem bestimmten Ausmaß gesteuert werden. Dass dies sozialintegrative Auswirkungen hat, wird nachfolgend aufgezeigt.

2.2 Integration von Zuwanderung durch soziale Wohnungspolitik im 20. Jahrhundert

Städte im Europa des 19. Jahrhunderts waren von großer sozialer Ungleichheit geprägt, mit der eine starke sozialräumliche Segregation einherging, weil die Position auf dem Arbeitsmarkt und somit die Höhe des Einkommens direkt die Wohnsituation beeinflusste. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges griff sozialdemokratische Stadtentwicklungspolitik in Deutschland und Österreich bewusst in die Wohnraumversorgung ein, um die extreme soziale Segregation zu beseitigen und für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten eine bessere Wohnqualität zu ermöglichen. Dieser neu entstandene »soziale Wohnungsbau« verhinderte im Vergleich zu den USA tief greifende soziale Spaltungen sowie sozialräumliche Ausgrenzung und trug stark zur Desegregation bei (Häußermann 1998, 159–164).² In diesem historischen Kontext entstand auch der »Wiener Gemeindebau« als kommunaler Wohnungsbau (ausführlicher Nigg 2005, Kap. 10).

Unter den Bedingungen einer wachsenden Bevölkerung (inklusive einer forcierten Anwerbung von »Gastarbeitern«) und eines größeren Arbeitsplatzangebots, begleitet von ökonomischem Wachstum und sozialstaatlichen Eingriffen, galten Städte des 20. Jahrhunderts in Westeuropa als robuste »Integrationsmaschinen«. Viele aktuelle stadtsoziologische Arbeiten wollen diese Einschätzung jedoch revidiert sehen.

² Im Gegensatz zur »amerikanischen Stadt«, wo der Anteil von »public housing« die 2-Prozent-Marke selten überstieg, erreichte der Anteil des öffentlich gesteuerten Wohnungssektors in Europa bis zu 30 Prozent.

Städte sind gegenwärtig von einem tief greifenden Strukturwandel betroffen. Durch den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft kommt es zu einem Abbau von Arbeitsplätzen, zu hoher struktureller Arbeitslosigkeit und zu einer Polarisierung bzw. Spaltung am Arbeitsmarkt. Dies wird begleitet von einer rückläufigen staatlichen Einflussnahme auf die Wohnraumversorgung, von einem Rückbau des Sozialstaates und anhaltender Migration. Im Zusammenhang mit diesen Faktoren findet eine soziale Umschichtung statt, die in einen Prozess gesellschaftlicher Entmischung mündet (Häußermann 1998, 160–168). Von dieser Situation sind die meist schlecht ausgebildeten ausländischen Bevölkerungsteile sehr stark betroffen. Sie treffen entweder in den innerstädtischen Altbaugebieten mit den einheimischen »Verlierern« dieser Entwicklungen in den wenigen verbliebenen günstigen Altbaubeständen zusammen oder konzentrieren sich auf die Stadtränder. Durch die Konzentration sozialer Problemlagen wie Langzeitarbeitslosigkeit, Armut, sozialer Abstieg und Zuwanderung in kleinräumigen Stadtgebieten gelten derartige Orte als konflikträchtige Brennpunkte.

3. Zuwanderung und Systemintegration über Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt und das Bildungssystem in Österreich und Wien

3.1 Zuwanderung in Wien

Innerhalb Österreichs ist Wien das bevorzugte Ziel der internationalen Zuwanderung. So entfielen etwa im Jahr 2002 rund ein Drittel dieser Migration und nahezu 60 Prozent des Wanderungssaldos allein auf die Bundeshauptstadt (Statistik Austria 2005, 18). Wien hatte zu Jahresende 2003 den im Bundesländervergleich höchsten Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung, nämlich 17,3 Prozent. Davon waren 41 Prozent BürgerInnen des ehemaligen Jugoslawiens und 15 Prozent türkische Staatsangehörige. BürgerInnen aus den neuen EU-Staaten hatten einen Anteil von 10 Prozent (ebd., 34).

Die Verteilung auf Bezirksebene zeigt eine unterschiedliche residentielle Segregation bzw. kleinräumige Konzentration. So betragen beispielsweise die Anteile ausländischer StaatsbürgerInnen Ende 2003 in Rudolfsheim-Fünfhaus (15. Bezirk) 30,4 Prozent, in der Leopoldstadt (2. Bezirk) 25,5 Prozent und in der Brigittenau (20. Bezirk) 25 Prozent. Die entsprechenden Anteile liegen in Hietzing (13. Bezirk) mit 9,3 Prozent, Donaustadt (22. Bezirk) mit 8,4 Prozent und Liesing (23. Bezirk) mit 8,1 Prozent sowohl unter dem Wiener Durchschnitt von 17,3 Prozent als auch unter dem Bundesdurchschnitt von 9,4 Prozent (Statistik Austria 2005, 34). Trotz gestiegener Einbürgerungszahlen stagniert der AusländerInnenanteil in einigen Wiener Gemeindebezirken auf hohem Niveau bzw. wächst weiter. ZuwanderInnen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei bilden gemeinsam fast 60 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung (Kohlbacher/Reeger 2002, 184).

Die gerundeten Anteile ausländischer StaatsbürgerInnen in Wien erreichen 2004 in jenen Bezirken, in denen die für meine Untersuchung ausgewählten Gemeindebauten liegen, folgende Werte: Im 3. Bezirk Landstraße 21 Prozent (2001 18,5 Prozent), im 10. Bezirk Favoriten 19 Prozent (2001 16,5 Prozent) und im 16. Bezirk Ottakring 25 Prozent (2001 23,8 Prozent) (Magistrat Wien, MA05 Statistik 2005c).

3.2 Arbeitsmarkt

Der österreichische Arbeitsmarkt ist ethnisch segmentiert. Diese ethnische Strukturierung entsteht maßgeblich durch eine strikte politische Regulation mittels Gesetzgebung (z. B. keine freie Arbeitsplatzwahl) (Fassmann 1997). Im Jahr 2004 waren durchschnittlich 73 Prozent aller unselbständig beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte in Österreich als ArbeiterInnen beschäftigt (Magistrat Wien, MA05 Statistik 2005b). Bestimmte Gruppen von ZuwanderInnen sowie von schlecht qualifizierten InländerInnen sind von Unterschichtung³ und Verdrängungsprozessen auf dem Arbeitsmarkt betroffen (Biffl 2004). Für Wien lässt sich einerseits eine »ethnische Überschichtung«, die durch Migration von Spitzenkräften internationaler Konzerne hervorgerufen wird, und andererseits eine »ethnische Unterschichtung und Segmentierung« des Arbeitsmarktes feststellen (Lichtenberger 1995). Ausländische Arbeitskräfte in Wien sind oft in Branchen überproportional vertreten, die schwere Arbeitsbedingungen aufweisen (z. B. Beherbergungs- und Gaststättenwesen, Bauwesen, verarbeitendes Gewerbe und Industrie) (Fassmann 1997, 160 – 161).

3.3 Wohnungsmarkt

Seit den 1970er-Jahren wohnten die türkischen und ex-jugoslawischen AusländerInnen wegen ihrer schlechten finanziellen Situation vor allem in Wiener gründerzeitlichen Klein- und Substandardwohnungen. Durch Sanierungsmaßnahmen seit den 1980er-Jahren verschwindet dieser Wohnungsmarkt nach und nach, wodurch sich Konzentrationstendenzen verstärken (Kohlbacher/Reeger 2002, 186). Die in bestimmten Stadtteilen anzutreffende ethnische Segregation ist die Konsequenz eines Sukzessionsprozesses: Von Stadtteilen mit schlechter Wohnsubstanz ziehen die in- und ausländischen AufsteigerInnen weg. Da mehr InländerInnen einen sozialen Aufstieg erleben, entsteht ein sozialer und ethnischer Selektionsprozess (ebd., 192).

Der Wohnungsmarkt ist in Teilmärkte segmentiert (private Mietwohnungen, geförderte Mietwohnungen, Gemeindewohnungen, Eigentumswohnungen und Eigenheime). Der kostengünstige Wiener Gemeindebau war bis zum 1. Jänner 2006 für die oben angeführte größte Gruppe ausländischer StaatsbürgerInnen lediglich in Form von Notfallwohnungen zugänglich. Wegen ihres geringen Einkommens und hoher Arbeitslosigkeit leidet die genannte ausländische Bevölkerung immer noch unter sehr schlechten Wohnbedingungen.

3.4 Bildung

Seit den 1990er-Jahren verbessert sich das Bildungsmuster von ausländischen Kindern in Österreich. Langsam, aber kontinuierlich steigt der Anteil von Jugendlichen, die nach der Pflichtschule weiterführende Schulen besuchen. Der relativ hohe Anteil von ausländischen Kindern in Sonderschulen bleibt jedoch ziemlich konstant (Biffl 2004, 42 – 43).

3 Unterschichtung liegt dann vor, wenn Zuwandernden strukturelle Assimilation verweigert wird, d. h. wenn sie fast nur Arbeitsplätze mit geringem Prestige und niedriger Entlohnung zugewiesen bekommen. Dieser Begriff wurde von Hoffmann-Nowotny (1973, 52) für Bedingungen in Deutschland und in der Schweiz geprägt.

Insgesamt besuchen die Kinder von GastarbeiterInnen überdurchschnittlich häufig die Hauptschule und treten dann sofort ins Erwerbsleben ein, sind also stärker berufsorientiert als Kinder von langansässigen ÖsterreicherInnen. Biffl (ebd.) sieht dies auch in der schlechten finanziellen Situation der Eltern begründet.

Wien hat im Schuljahr 2004/05 in Allgemeinbildenden Pflichtschulen 24,9 Prozent SchülerInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft – in Österreich liegt der Vergleichswert bei 11,6 Prozent. Der Anteil von SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache erreicht in den Wiener Allgemeinbildenden Pflichtschulen sogar 45,9 Prozent (BMBWK 2005, 31–38). Bestimmte Bezirke weisen sehr hohe Konzentrationen von SchülerInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft auf. Im Schuljahr 2001/02 gibt es in den Hauptschulen u. a. folgende Anteile ausländischer Kinder: 62,7 Prozent in Hernals (17. Bezirk), 59,5 Prozent in der Josefstadt (8. Bezirk), 55,8 Prozent in Margareten (5. Bezirk) und 48,8 Prozent in Ottakring (16. Bezirk). Hingegen sind die Anteile in Währing (18. Bezirk), Penzing (14. Bezirk) und Döbling (19. Bezirk) mit 8,1 Prozent, 6,2 Prozent und 4,2 Prozent sehr gering (Magistrat der Stadt Wien, MA05 Statistik 2005a).

Während in Wien Kinder mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft überproportional Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnische Schulen besuchen, sind sie in der Unterstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) nur sehr gering vertreten. Dies gilt besonders für türkische und ex-jugoslawische Kinder. Während die Gruppe »sonstige Ausländer« auf die Schultypen Volksschule, Hauptschule, Sonderschule, Polytechnische Schule und AHS-Unterstufe relativ gleich verteilt ist, sind türkische und ex-jugoslawische Kinder in der AHS-Unterstufe deutlich unterproportional repräsentiert. Beträgt der Gesamtanteil dieser Kinder in den oben erwähnten Pflichtschultypen im Schuljahr 2001/02 16 Prozent, so erreicht ihr Anteil in den Hauptschulen 24,1 Prozent, in den Sonderschulen 23,2 Prozent, in den Polytechnischen Schulen 27,4 Prozent und in der AHS-Unterstufe 5 Prozent. Im Vergleich der Schuljahre 2001/02 und 1995/96 zeigt sich ein leichter Rückgang von türkischen und ex-jugoslawischen Kindern in Sonderschulen. Ihr geringer Anteil in der AHS-Unterstufe bleibt aber konstant (eigene Berechnung nach Daten des Magistrats Wien, MA05 Statistik 2005a).

Resümee

Insgesamt zeigen die Daten zum Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt und Bildungssystem eine strukturelle Benachteiligung und mangelnde Integrationsmöglichkeiten der türkischen und ex-jugoslawischen Bevölkerungsgruppen, wobei sich seit den 1990er-Jahren eine Tendenz zur Verbesserung abzuzeichnen scheint.

4. Fragestellung und Methode der empirischen Untersuchung

Die Fragestellung interpretiert die Gemeindebaukomplexe als räumliche und symbolische Handlungsorte der Mikroebene des sozialen Umgangs. Sie werden als eigenlogische soziale Systeme behandelt, die analytisch miteinander verglichen und kontrastiert werden sollen. Grundannahme war, dass jeder Gemeindebau eigene »Kulturen«

des sozialen Umgangs herausbildet. Rekonstruiert werden sollte somit eine soziale Struktur in einem lebensweltlichen Zusammenhang.

Thematischer Schwerpunkt waren Nachbarschaftsbeziehungen, die sich eventuell durch neu einziehende Gruppen, darunter ZuwanderInnen, im Laufe der Zeit verändern. Es sollten somit auch Beziehungsverhältnisse von »Etablierten« (österreichischen BewohnerInnen) und »AußenseiterInnen« (meist Neo-ÖsterreicherInnen) herausgearbeitet werden. Interethnische Kontakte spielen neben formellen Lernmöglichkeiten eine große Rolle für assimilationsrelevante Handlungen und vermitteln handlungs- und orientierungsrelevante Lernmöglichkeiten (Esser 1979, 94). Integration auf dieser Ebene wird als ein Prozess der Annäherung und des sozialen Austausches angesehen. Diese Fragestellung war jedoch in weitere Untersuchungsdimensionen eingebettet, die in den Interviews erhoben wurden:

1. Bedeutung, in einem Gemeindebau zu leben, und Bedeutung des Wohngebietes (Ortsidentität, Ortsverbundenheit, Mobilität);
2. eigene soziale und ökonomische Situation;
3. Wissen über die Gemeindebauten und Bedeutung ihrer historischen Dimension;
4. soziale und politische Dimensionen – Bedeutung und Zusammenhänge von urbanem Wohnort und sozialem Status sowie Vorstellungen und Meinungen zur Wohnungspolitik;
5. Nachbarschafts- und Interaktionsbeziehungen in Verbindung mit neu eingebürgerten BewohnerInnen (Etablierte-AußenseiterInnen-Verhältnisse).

Dieser Artikel zeigt die Ergebnisse des ersten Teils meiner Analyse und bietet im Wesentlichen einen Einblick in alle die Fragestellung betreffenden lebensweltlichen Sozial- und Interaktionsstrukturen.

Im Untersuchungszeitraum Mai bis August 2004 wurden in drei Gemeindebauten des 3., 10. und 16. Wiener Gemeindebezirks 30 qualitative, problemzentrierte Interviews (9, 15 und 6 in der o. a. Reihenfolge) mit etablierten, »österreichischen« und neu eingebürgerten BewohnerInnen (Neo-ÖsterreicherInnen) gemacht. Weiters erfolgten Expertinneninterviews mit einer Sozialarbeiterin des 16. Bezirks und mit einer Sprecherin eines Mieterbeirates. Ausgewählt wurden drei ältere Gemeindebauten, weil diese den kostengünstigsten Wohnraum bieten. Wegen der schlechten sozialen Position vieler MigrantInnen werden es diese günstigen Bauten sein, die bei einer Öffnung für viele in Frage kommen. Weiters ging ich von besonders ausgeprägten Etablierten-AußenseiterInnen-Beziehungen in diesen Bauten aus, weil ich annahm, dass in diesen Einheiten mehrere Wohngenerationen leben und sich somit unterschiedlichste Erinnerungswerte in Bezug auf die interessierenden Dimensionen herauskristallisieren können.

Methodologisch orientierte ich mich an den phänomenologisch-soziologischen Beschreibungen der sozialen Welt von Alfred Schütz (1971 und 1993) und an der wissenschaftlichen Herangehensweise von Barney Glaser und Anselm Strauss in ihrem Werk *Interaktion mit Sterbenden* (1974).⁴

4 Soziale Akteure werden durch die ständigen Veränderungen im Alltag immer wieder dazu ange-

5. »Gemeindebaukulturen als Sinnproduktionseinheiten« – Sozial- und Interaktionsstrukturen im Vergleich

5.1 Gemeindebau im 3. Bezirk

Dieser Bau ist der kleinste der untersuchten Wohneinheiten. Er wurde Anfang der 1950er-Jahre erbaut und umschließt mit vier Gebäudeseiten einen kleinen Innenhof. Die Untersuchungseinheit besteht aus drei Stiegen zu je zehn Wohneinheiten. Die Wohnungen sind klein mit Wohnstandard A und B (ca. 40 m² bis 54 m²). Es gibt einen Lift auf jeder Stiege und zum Zeitpunkt der Befragung noch keine Gegensprechanlagen. Die Umgebung ist infrastrukturell gut erschlossen. Die Wohnverhältnisse, besonders von Familien, sind sehr beengt. Jene Befragten, die schon länger in diesem Bau leben, sind mit ihrer Nachbarschaft, den sozialen Beziehungen im Haus und mit der näheren Wohnumgebung sehr zufrieden und zeigen ein *hohes Maß an Ortsverbundenheit und Ortsidentität*.⁵

5.1.1 BewohnerInnenstruktur, Nachbarschaftsverhältnisse und Tendenzen der Veränderung

Die BewohnerInnen können als Klein(st)verdienerInnen mit eher geringem Bildungskapital (ArbeiterInnen, Angestellte im Handel) bezeichnet werden. Ausnahmen sind zwei neue junge Mieterinnen mit Matura. Es gibt keine sehr alten BewohnerInnen (Kriegsgeneration) mehr. In die frei gewordenen Wohnungen sind abwechselnd ÖsterreicherInnen (Singles) und Neo-ÖsterreicherInnen (Familien) eingezogen. Eine Stiege wird schon zu einem Drittel von Neo-ÖsterreicherInnen bewohnt. Die in den letzten Jahren stattgefundene Veränderung in der Mieterstruktur führt bei den »Alteingesessenen« zu großem Unmut. Die ehemals persönlich bekannten Nachbarn⁶ weichen neuen Mietern. Im Bewusstsein der etablierten BewohnerInnen grüßen die neuen Mieter nicht, sie stellen sich beim Einzug nicht vor und wissen nicht über die Hausnormen Bescheid. Die Etablierten wissen nicht mehr, mit wem sie es zu tun haben, und auch eine mögliche Verständigung ist schwer möglich, weil viele der neuen Hausbewohne-

halten, sich wandelnden Umgebungen anzupassen. Dafür müssen Erfahrungen, Vorstellungen, Kommunikations- und Umgangsformen aus der Vergangenheit auf aktuelle Notwendigkeiten (z. B. Veränderungen der Nachbarschaft) übertragen werden. Die Qualität der Verarbeitung von Unvorhergesehenem und somit die Qualität des zukünftigen sozialen Umgangs hängen unmittelbar von der sozialen Qualität des jeweiligen sozialen Umfelds ab (soziales Lernen).

In Anlehnung an Alfred Schütz stellt Unvorhergesehenes, das in unsere Wirklichkeit, in »Die Welt des Alltags« (Schütz 1971, 238) immer aufs Neue einbricht, einen Widerspruch zur bisherigen Sinnproduktion dar und muss zu neuerlichen Anpassungsleistungen im Verhalten (Tun und Denken) führen.

5 Ortsverbundenheit soll eine gefühlsmäßige Bindung an die räumliche und die soziale Umwelt ausdrücken. Sie bringt eine gewisse Vertrauensbasis gegenüber dem Wohnort bzw. der Wohngegend zum Ausdruck, die an Erinnerungen und nahe stehende Personen gebunden ist. Ortsidentifikation steht für eine stärkere, identifikatorisch-kognitive Zuordnung zum Wohnort. Hier kann Ort auch ein Merkmal der Persönlichkeit werden (z. B. »ich bin FavoritnerIn, »SimmeringerIn«, etc.) (Flade 1987, 43 – 45).

6 Die Autorin sieht bei den Begriffen »Nachbar« und »Mieter« von der Schreibweise des Binnen-I ab, wenn sie im Plural verwendet werden.

rInnen schlecht oder kaum deutsch sprechen. Fremdheit, Fremdes und Unbekanntes zieht in den Bau. Die ehemals genau festgelegte soziale Setzung der Alltagsstruktur ist gehörig durcheinander geraten. Durch Veränderungen der BewohnerInnenstruktur bedürfen bisherige Erfahrungen, Deutungen und Grundannahmen der Lebenswelt einer Revision.

In Anlehnung an Alfred Schütz (1971, 153 – 237) könnte man sagen, dass diese Veränderung in der intersubjektiven Sinnproduktion des Alltags Brüche bringt und zu neuerlichen Anpassungsleistungen im Verhalten (Tun und Denken) führen muss. Die bisher fraglos gelebte und erfahrene Welt und ihre lebensweltlichen Grundannahmen (die Konstanz der Weltstruktur, die Konstanz der Gültigkeit unserer Erfahrung von der Welt und die Konstanz unserer »Vermöglichkeit«, auf die Welt und in ihr zu wirken) müssen hinterfragt werden (Schütz 1971, 153).

Die zentrale Autorität des Hauses ist eine vor Kurzem pensionierte Hausmeisterin, die sehr auf hausinterne Standards wie Sauberkeit und Ruhe achtet und rigoros bei allen durchsetzt. Rund um sie gibt es eine starke Gruppe, der auch eine Bewohnerin aus Ex-Jugoslawien angehört, die kleinere Gruppenprivilegien besitzt. Es bildete sich im Laufe der Zeit ein hausinterner »Wohnkodex« heraus, mit eigenen Norm- und Wertvorstellungen. Ruhe, Ordnung, Sauberkeit, Fleiß und Arbeit sind die Eckpfeiler der Lebensführung und der lebensweltlichen sinnstiftenden Orientierungsmuster. Diese Gruppe versteht Nachbarschaft als Hausgemeinschaft der Hausparteien, die sich gemeinsam über die Aufrechterhaltung und Kontrolle gewollter Verhaltensweisen, aber auch über sozialen Austausch bildet (private Kontakte, gemeinschaftliche Initiativen gegenüber der Gemeinde Wien). Auch BewohnerInnen, die nicht in diese Gruppe eingebunden sind, teilen diese Vorstellungen.

Durch die kleinräumige Struktur und eine relativ homogene BewohnerInnenstruktur, was Alter, Bildung und Weltbild betrifft, entsteht eine Nachbarschaft, die stark gruppenbildend und normierend ist. Die »Etablierten« identifizieren sich sehr stark mit dem Gemeindebau und der näheren Wohnumgebung (Grätzl) oder mit dem Bezirk. Die BewohnerInnen wissen sehr viel über die private Lebenssituation des jeweils anderen. Es herrscht eine Art dörfliche Kommunikationsstruktur mit Tratsch und Klatsch mit wechselseitiger Kontrolle (auch »Lob«- und »Schimpfklatsch«).⁷ Die beiden oben erwähnten sehr jungen Bewohnerinnen, die erst vor Kurzem eingezogen sind, sind aufgrund der Altersdifferenz und anderer Lebensorientierung nicht wirklich an der Teilnahme der Hausgemeinschaft interessiert. Beide sehen diese Wohnung als vorübergehendes Stadium ihrer beginnenden Existenzgründung an und wollen eines Tages wegziehen, weil das »Niveau tief ist und im Gemeindebau Sozialfälle wohnen«. Dass das Niveau sinkt, finden auch die Alteingesessenen und meinen damit die neu eingebürgerten Nachbarn.

7 Vorgang des Abgrenzens gegenüber einer Gruppe, die stigmatisiert wird. Die eigene Gruppe wird durch »Lobklatsch« überhöht (soziale Schließung nach innen) und die nicht erwünschte Gruppe durch Schimpfklatsch entwertet: Nach der Studie *Established and the Outsiders* von Norbert Elias und John Scotson Ende der 1950er-Jahre in einem englischen Ort namens Winston Parva (Elias/ Scotson 1993).

Bei den Neo-ÖsterreicherInnen ist die Situation heterogener. Eine Frau aus Ex-Jugoslawien gehört der Gruppe rund um die Hausmeisterin an. Eine in der Türkei geborene Künstlerin wird nach jahrelangem Beobachten langsam akzeptiert und auch schon zu einem gemeinsamen Hoffest eingeladen. Aufgrund der vollkommen anderen Lebensausrichtung finden sich aber sonst keine Gemeinsamkeiten. Solange sie sich an die Hausnormen hält, hat sie keine Probleme. Zwei traditionell-konservative Familien (verschleierte Frauen) aus der Türkei und eine Familie aus Ex-Jugoslawien werden stark durch »Schimpfklatzsch« ausgegrenzt bzw. als »Sozialfälle« bezeichnet, die »unser« Sozialsysteme ausnützen und nicht arbeiten wollen. Diese Familien erhalten aber wieder von einer Frau im Haus Unterstützung und Hilfestellung, die das als ungerecht empfindet. Da sie sich durchsetzen kann, wirkt sie ausgleichend und regulierend. Kommunikation beschränkt sich meist auf Gesten, weil die Sprachkenntnisse der ersten Generation, besonders der Frauen, sehr schlecht sind. Kinder übernehmen sehr oft eine Dolmetschfunktion.

5.1.2 Hausinterne Werte, Normen und soziale Kontrolle

Der zuvor beschriebene »Sinnkosmos« der Alteingesessenen wird über die wechselseitige Kontrolle der Nachbarn laufend erhalten. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Sauberkeit in den Gängen ist ein besonderes Anliegen. Konflikte werden im Normalfall »face-to-face« (unmittelbare, persönliche Interaktion) in der Nachbarschaft ausgetragen. Dies gilt auch für neu eingebürgerte und neu eingezogene Nachbarn. Lediglich bei größeren Familienstreitereien, die bei einigen Familien vorzukommen scheinen, wird die Polizei gerufen. Im Laufe der Zeit entstehen hausinterne Verhaltensweisen mit eigenen Kontrollinstrumenten. Man beobachtet etwa, wer die Hausgänge verunreinigt. Die VerursacherInnen werden ausgeforscht und oft durch einheitliche Verhaltensweisen der HausbewohnerInnen »gemaßregelt«. Kommt ein Missstand vor, wird im Stiegenhaus an zentraler Stelle ein Zettel auf den Boden geklebt, der allen im Haus mitteilt, dass ab nun beobachtet wird. Eine österreichische Familie wurde bei »Wiener Wohnen« gemeldet, weil sie keinen Anspruch mehr auf eine Gemeindewohnung hatte. Es gab einen Gerichtsprozess, bei dem die Nachbarn als Zeugen aussagen mussten.

Auch die nähere Wohnumgebung wird als »eigenes Territorium« gesehen und überwacht. Da man auch die BewohnerInnen von anderen Bauten kennt, fallen all jene BesucherInnen auf, die normalerweise nicht zur Nachbarschaft zählen. Als vor dem Haus mit Drogen gehandelt wurde, wurden die Dealer gemeinsam durch Zurufe, Polizeimeldung und ständige Kontrolle wieder vertrieben.

5.1.3 Interne Interaktionsstruktur

Die interne »face-to-face« Nachbarschaft und »Wir-Gruppenbeziehung« werden durch den »dörflichen Charakter« der Wohnumgebung verstärkt und sind stark identitätsstiftend. Bei der Benützung von gemeinsamen Einrichtungen entsteht eine spezifische Struktur der Durchsetzung »interner Rechte«. Jene Gruppe, die im Haus dominiert, kann die anderen sehr stark unter Druck setzen. So müssen z. B. Eltern mit Kindern

schon energisch die Rechte der Kinder verteidigen, den Hof benützen zu dürfen. Die Hausordnung kann hier zur Streitschlichtung beitragen. Eine Befragte sanktioniert Beschwerden über ihre spielenden Kinder mit Gruß- und Redeentzug.

Es ist üblich, sich am Gang über allgemeines Tagesgeschehen zu unterhalten. Reden verbindet, Streit unterbindet die Gespräche. Die Kommunikationsstruktur kommt ins Stocken, wird aber nicht gänzlich unterbrochen, weil trotzdem begrüßt wird. Man hält nichts vom anonymen Wohnen, kennt die Nachbarn und will gut mit ihnen auskommen. Beurteilt wird allgemein nach dem jeweiligen Verhalten im Haus. Eine türkischstämmige Familie ist mehreren BewohnerInnen zu laut, sie versuchen aber, mit ihr auszukommen. Auch die in Kellerräumlichkeiten untergebrachten »Anonymen Alkoholiker« müssen ständig auf ihr Verhalten hin kontrolliert werden. Letztendlich sind die BewohnerInnen über beide Gruppen (Neo-ÖsterreicherInnen und Anonyme Alkoholiker) wenig begeistert, weil sie »fremdes« Verhalten bringen und ein erhöhtes Maß an Aufmerksamkeit und Kontrolle erfordern. Dennoch ist man um Verständigung und Kommunikation bemüht. Von neuen Mietern wird erwartet, dass sie sich den hausinternen, normativen Standards anpassen.

Die »fremden« Nachbarn werden in ihrem Verhalten sehr genau beobachtet und in die alltägliche »Tratschkultur« miteinbezogen. Sie haben eine Bringschuld der Annäherung: Es wird erwartet, dass sie sich vorstellen, ein Minimum an Kommunikation pflegen und zumindest grüßen. Ist dies nicht der Fall, wie bei männlichen Nachbarn einer traditionellen türkischen Familie, die Frauen im Haus nicht grüßen, ruft dies starke Abwehr und »Schimpfklatsch« hervor. Die starke Ausrichtung an normativen hausinternen Verhaltensstandards bei der Bewertung der Nachbarn kann dazu führen, dass Neo-ÖsterreicherInnen mehr Anerkennung als »Alt-ÖsterreicherInnen« erfahren. Über längere Zeit entwickeln sich auch nachbarschaftliche Verhältnisse. Wenn die Lebensführung aber als gänzlich anders und fremd eingestuft wird, dann ist die Abwehr sehr groß und typisierte Eigenschaften des »Ausländers« werden pauschal gültig (wie etwa: »Sozialfälle«, »keine Hausgemeinschaft möglich«).

Manifeste Konflikte sind meist Regelkonflikte (hausinterne Normen und Werte), hinter denen sich allerdings oft Rangordnungskonflikte verbergen.⁸ Es kommen auch Verteilungskonflikte vor, die etwa, wenn es um die Benützung der Gemeinschaftsräume geht, sehr vehement ausgetragen werden. Latentes »Konfliktpotenzial« (Ängste vor immer mehr »Ausländern«, mehr Regelverstößen und Rangordnungsproblemen, vor Verlust der Hausgemeinschaft, Furcht vor sozialem Abstieg, Politikverdrossenheit) ist deutlich feststellbar.

Generell sind die Etablierten der Meinung, dass Neo-ÖsterreicherInnen kein Problem darstellen. Dies gilt aber unter den Voraussetzungen eines Grätzels, in dem man sich wohl fühlt, einen abgesicherten sozialen Standard hat, und einer Nachbarschaft, die soziale Nähe bietet. Eine mögliche Aneignung der Lebenswelt kann somit eine strukturelle Situation schaffen, um »Unvorhergesehenes« positiv zu verarbeiten.

8 Es wird unterstellt, dass die »Türken« nicht so sauber, nicht so ordentlich sind, etc. Im späteren Interviewverlauf stellt sich heraus, dass sie sich nicht »unterordnen« wollen.

5.1.4 Integrationspotenzial

Bedingt durch die kleinräumige Struktur gibt es starken sozialen Druck auf neu einziehende Personen. Vergesellschaftung (Soziogenese) findet in direkter verbaler Auseinandersetzung statt. Es bilden sich Gruppenbeziehungen, die sehr dominant die »Meinungsführerschaft« vertreten können. Wie alle BewohnerInnen müssen sich Neo-ÖsterreicherInnen den im Haus geltenden Werten und Normen unterwerfen. Ausnahmen werden nicht geduldet. Man muss sich im Alltag über Jahre bewähren. Vertrauensverhältnisse werden nur sehr langsam aufgebaut und setzen ähnliche Lebensmodelle voraus.

Wenn allerdings die Lebensform gänzlich anders ist, wie bei traditionell lebenden türkischstämmigen Familien, bleibt die »Fremdheit« bestehen. Diese zwei Familien leben relativ stark isoliert von den restlichen BewohnerInnen. Es herrscht die Meinung vor, dass man mit solchen Nachbarn keine Hausgemeinschaft mehr aufbauen kann, weil die Frauen so streng kontrolliert werden und nicht an gemeinsamen Aktivitäten teilnehmen können. Besonders Interviewpartnerinnen empörten sich sehr über das patriarchale Verhalten (Ignorieren und/oder nicht Grüßen der Nachbarinnen) der männlichen Mitglieder dieser Familien.⁹

Es kann also gesagt werden, dass es in dieser kleinräumigen Struktur beides gibt: Einerseits ein gutes Integrationspotenzial, andererseits auch Ausgrenzung, wenn sich die BewohnerInnen zu sehr voneinander unterscheiden. Die kleinräumige Nachbarschaft »verwandelt« die anfängliche Gruppenzuschreibung »Ausländer«¹⁰ allmählich in eine kategoriale Zone von unbestimmter Gruppenzugehörigkeit. Dies eröffnet für die zuschreibende Gruppe ein changierendes Feld möglicher sozialer Verortungen des Gegenübers, was unterschiedliche Nähe- und Distanzverhältnisse ermöglicht. Die neuen Nachbarn, von denen gewusst wird, dass sie die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, können, je nach Konfliktfall und Einstellung, jederzeit in die Typik des »Türken« bzw. des »Jugoslawen« zurückfallen. In das »Thema« Zuwanderung fließen bei der Bewertung und Verarbeitung auch größere soziale Bezugsrahmen, wie etwa die Konkurrenz um Wohnungen, Nationalgefühl, Sprache, politischer Raum, die Angst um den Verlust der Hausgemeinschaft und der sozialen Nähe ein. Auf dieser Ebene einer symbolischen Kollektivgemeinschaft können die Nachbarn wieder zum Typus des »Ausländers« werden.

Latent gibt es die Befürchtung, dass die etablierten Wert- und Normenvorstellungen der Hausgemeinschaft nicht mehr aufrechtzuerhalten sind. Selbst die gegenüber Neo-ÖsterreicherInnen positiv eingestellten BewohnerInnen sind grundsätzlich nicht der Meinung, dass die Gemeindebauten für alle geöffnet werden sollen, weil ein staat-

9 Unabhängig davon, dass das auch eine Abwertung ist, möchte ich betonen, dass die weiblichen Familienmitglieder von ihrem Bruder oder Vater streng kontrolliert wurden. Eine interessierte Bewohnerin der zweiten Generation brach das Gespräch sofort ab, als plötzlich am Gang ein männliches Familienmitglied auftauchte. Eine weitere Frau um die 40 bot mir an, ich solle auf ihren elfjährigen Sohn warten, bis er aus der Schule kommt, weil er während der Abwesenheit ihres Ehemannes die Rolle des Familienoberhauptes übernehmen könne.

10 Die Verwendung des Begriffs »Ausländer« verweist auf eine andere Gruppenzugehörigkeit.

liches Dokument zwar die Zugehörigkeit auf dem Papier bestätigt, dies im Alltag aber ein erhöhtes Maß an Aufmerksamkeit, Integrationswillen und Konflikten bedeutet. Diese Einstellungen werden auch von den jungen BewohnerInnen geteilt. Sie befürchten eher eine Konkurrenzsituation um knapper werdenden günstigen Wohnraum. Für sie bedeutet ein »hoher Ausländeranteil im Gemeindebau« einen schlechten sozialen Status, mit dem sie nicht in Verbindung gebracht werden wollen.

5.1.5 Interaktionsstruktur mit der Verwaltung, Politikvertrauen

Die Verwaltungsorganisation von »Wiener Wohnen« ist hierarchisch aufgebaut, wobei die HausmeisterInnen und Mieter an letzter Stelle stehen. Öfters scheint es vorzukommen, dass Anträge von BewohnerInnen ignoriert oder ohne Angabe von Gründen nicht bearbeitet werden. Die Mehrheit vertritt die Meinung, dass die Verwaltung (»Wiener Wohnen«) die BewohnerInnen ignoriert und oft vor vollendete Tatsachen stellt, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Verwaltung scheint sich häufig hinter einem neu eingerichteten Call-Center zu »verbergen«. Die Stärke der umfassenden Kundendienstzentren kann nicht in gemeinsame Lösungsmöglichkeiten umgesetzt werden. Im Hinblick auf Neo-ÖsterreicherInnen könnten verschiedene Maßnahmen, wie z. B. Vorgespräche mit den BewohnerInnen oder die Bereitstellung von DolmetscherInnen, schon von Beginn an helfen, Konflikte zu vermeiden. Die Lösungskompetenz von Politik im Allgemeinen wird als sehr gering angesehen. Die BewohnerInnen sehen ihre sozialen Interessen nicht mehr oder nur mehr in geringem Ausmaß von der Politik vertreten und es ist ein hohes Maß an Politikverdrossenheit festzustellen. Die Organisationsstruktur der Gemeindebauten (Mietersammlung, Mieterbeirat) wirkt sich günstig auf die kommunikativ-interaktive und die expressiv-kulturelle Sozialintegration aus und wird auch gerne von den neu eingebürgerten Mietern angenommen.

5.2 Gemeindebau im 10. Bezirk

Auch dieser Gemeindebau wurde Anfang der 1950er-Jahre in der klassischen Hofform errichtet und beherbergt einen recht großen, gut gepflegten Innenhof mit Kinderspielfeld. Er ist die größte Einheit dieser Untersuchung mit 16 Stiegen zu je zehn bis zwölf Wohneinheiten. Die meisten Wohnungen sind für heutige Verhältnisse eher klein (bis 64 m²). Es gibt mehrere HausbesorgerInnen und ebenso Gemeinschaftswaschküchen und Gemeinschaftsabstellräume. Mit der Infrastruktur sind die BewohnerInnen recht zufrieden. Es ist eine vertraute Welt mit ausreichender Ortsverbundenheit und Ortsidentität. In der Nähe wurde kürzlich eine neue kleine Moschee in einem ehemaligen »Heurigenlokal« eingerichtet, weiters gibt es einen kurdischen und einen türkischen Kulturklub sowie einige kleine Lebensmittelgeschäfte, die von türkischstämmigen BürgerInnen betrieben werden.

5.2.1 BewohnerInnenstruktur, Nachbarschaftsverhältnisse und Tendenzen der Veränderung

Auf den untersuchten Stiegen leben noch viele BewohnerInnen der ersten »Wohngeneration« nach dem Krieg. Für diese ältere Generation bedeutet Nachbarschaft gemein-

sames Leben und Gestalten über ein ganzes Erwachsenenleben hinweg und es gibt auch Freundschaften. Nachbarschaftsbeziehungen dieser Generation sind oft stiegenübergreifend, werden aber schwächer, da die Nachbarn versterben. Ihre Primärgruppe dünnt aus, die lebensweltlichen Grundannahmen brechen zusammen: »Die wollen keinen Kontakt mehr haben mit die alten Leute. Schauen Sie, ein jeder glaubt, weil man alt ist, man ist blöd, nicht?«. Es gibt eine starke Identifikation mit dem Gemeindebau und seinen BewohnerInnen und manche identifizieren sich auch mit dem Gemeindebau als historisch-politisches Projekt. Es wird sehr viel über die Lebenszusammenhänge und Schicksalsschläge der Nachbarn Bescheid gewusst.

Die Altersstruktur ist heterogener als im vorher besprochenen Gemeindebau. Nach Bildung und Einkommen dominieren auch hier KleinverdienerInnen, wobei es in der älteren Generation auch BewohnerInnen mit besserer Bildung und höherem Einkommen gibt, weil sie vom sozialen Aufstieg der Nachkriegszeit profitiert haben. Diese Untersuchungseinheit lässt darauf schließen, dass es ein generationsübergreifendes Wohnen im Gemeindebau gibt, da auch alle befragten BewohnerInnen der späteren und ganz jungen Generation bereits im Gemeindebau aufgewachsen sind – nicht wenige haben die Wohnung von ihren Großeltern übernommen. Oft leben die Eltern oder nähere Verwandte und Freunde in der näheren Umgebung. Die nachfolgenden Generationen wohnen aber nicht aus nostalgischen Gründen oder aufgrund einer emotionalen Bindung im Gemeindebau, sondern ausschließlich, weil sie sich nichts anderes leisten können. Somit wird mit der Wahl des Wohnortes auch die soziale Position unserer Zeit angezeigt.

Insgesamt ist in diesem Objekt die BewohnerInnen- und Nachbarschaftsstruktur wesentlich vielfältiger. Nachbarschaft ist *kleinräumiger* und stiegenbezogen, hängt aber auch von der Dauer des Wohnens und von der Lebensform (sozialer Status, Lebensstil, Familienform, Singledasein, etc.) ab. Die jüngeren identifizieren sich nicht mehr (oder noch nicht) mit einer gemeinsamen Nachbarschaft: Sie stehen am Beginn ihres beruflichen Lebens, ihre Lebensorientierung ist eine andere. Es gibt in diesem Gemeindebau auf jeder Stiege kleine Wohnungen, die von Singles bewohnt werden. In diesen Wohnungen wechseln die Nachbarn ständig. Sie werden oft nach Jahren nicht namentlich gekannt. Ob man sich auf die Nachbarn einlässt und soziale Verbindungen aufbaut oder nicht, dafür spielt die Dauer des Aufenthalts eine große Rolle. Es gibt Neo-ÖsterreicherInnen und eine nicht-eingebürgerte Familie in einer Notfallswohnung. Die pluralisierten Verhältnisse und die geänderten Lebens- und Arbeitsbedingungen führen zu einer distanzierteren Nachbarschaft.

Im Haus lebt es sich generell recht ruhig und konfliktfrei, wie alle interviewten BewohnerInnen erzählen. Die interviewten Neo-ÖsterreicherInnen sind mit der Nachbarschaft sehr zufrieden. Ein Befragter, dessen Eltern aus Nigeria stammen, betont, wie herzlich diese von den Nachbarn aufgenommen worden sind. Zwei Familien meinen, dass neu eingebürgerte Nachbarn eine starke integrative Leistung bringen können, wenn sie selbstbewusst agieren. So bindet eine griechisch-türkische Familie, die im Parterre lebt, alle Nachbarn in Gespräche ein und belebt die Nachbarschaft. Durch ihre offene Art gewinnt sie auch jene, die zunächst sehr negativ eingestellt waren. Eine

albanische Familie unterstützt zwei ältere Nachbarinnen bei den Einkäufen. Auch eine Familie aus Ex-Jugoslawien, die in der Notfallwohnung wohnt, fühlt sich wohl und von den Nachbarn sehr gut angenommen. Eine aus Indien stammende Familie ist sehr beliebt, weil ihre Sprachkenntnisse gut sind. Bei Begegnungen auf dem Gang redet sie mit den Nachbarn und sie hält die hausinternen Spielregeln ein. Eine stabile Nachbarschaftsstruktur kann somit Veränderungstendenzen dann recht gut bewältigen, wenn Zeit besteht, Vertrauensverhältnisse aufzubauen, und wenn die alten Strukturen nicht von Auflösung bedroht sind.

5.2.2 Hausinterne Werte, Normen und soziale Kontrolle

Auch in dieser Untersuchungseinheit gibt es Werte wie Sauberkeit, Ruhe und Regeln, wie die Gemeinschaftsräume benützt werden sollen. Die HausmeisterInnen übernehmen aber keine so dominante Funktion. Das Gemeinschaftsgefühl ist weniger ausgeprägt und es scheint weniger direkte soziale Kontrolle zu geben. Man geht schon mal zum Nachbarn, wenn es laut ist, aber generell werden Konflikte eher »ausgelagert«, indem man sich entweder bei der Hausmeisterin oder bei »Wiener Wohnen« beschwert. Je größer die soziale Distanz zu den Nachbarn, desto eher wird bei Problemen nicht selbst eingegriffen. Generell ist die Konfliktbereitschaft gering, man weicht einander aus: »Die Konflikte gehen nicht in den Streit hinein«, meinte ein Befragter. Auch gibt es keinen Hinweis darauf, dass sich haus- oder stiegeninterne Verhaltensweisen entwickelt haben.

Die Benützung des Hofes verläuft konfliktfreier als im Vergleichsobjekt. Die älteren BewohnerInnen nützen den Hof gemeinsam mit den Kindern. Der Hof und die unmittelbare räumliche Umgebung können ein eigenes »Territorium« sein, in dem Kinder oder Jugendliche gesellschaftliche Hierarchien und Machtspiele imitieren. Ein Befragter erinnert sich an seine Situation als Heranwachsender: Da gab es in seinem Hof Kämpfe und Dominanzspiele um die Hausmacht im Hof mit Kindern/Jugendlichen türkischer Herkunft. Eine Familie aus Albanien lässt ihre Kinder wegen diverser Streitereien nicht alleine unbeaufsichtigt im Hof. Sie weicht mit ihren Kindern meistens auf andere Spielplätze aus.

Aus dieser Untersuchungseinheit kann man ableiten, dass soziale Kontrolle und Konfliktaustragung in kleineren Einheiten direkter und persönlicher erfolgen. Je größer die Einheiten werden, desto mehr verlagert sich diese Funktion in bestimmte Rollensegmente und Funktionsbereiche wie HausmeisterIn, Mieterbeirat, Verwaltung, etc.

5.2.3 Interne Interaktionsstruktur

Durch das generationsübergreifende Wohnen werden Vorstellungen über Nachbarschaft tradiert, die auch intensive soziale Beziehungsverhältnisse beinhalten können. Nachbarschaft bedeutet, sich an gewisse hausinterne Verhaltensweisen zu halten. Es herrscht ein Grundkonsens, dass ein Minimum an sozialen Austauschbeziehungen oder Ritualen, wie Grüßen, miteinander Plaudern, notwendig ist. Je weniger sich jemand mit den BewohnerInnen und dem Gemeindebau identifiziert, desto mehr zieht er bzw. sie sich zurück. Gegrüßt wird aber immer. Selbst wenn der Wohntrakt recht

groß ist, wird genau beobachtet, wer den Hof betritt, wer sich im Stiegenhaus aufhält, etc. Auch in dieser Wohnanlage interessieren sich die meisten BewohnerInnen für das Leben im und rund um den Gemeindebau.

5.2.4 Integrationspotenzial

Das Verhalten der neu eingezogenen BewohnerInnen wird sehr genau beobachtet. Sie werden nach Sprachkenntnis und Teilnahme an internen Aktivitäten beurteilt, wobei die Initiative für die ersten vertrauensbildenden Kontakte von ihnen ausgehen sollte. Da alle Befragten ein relativ gutes Zusammenleben bestätigen, kann von einer guten Sozialintegration ausgegangen werden. Die Neo-ÖsterreicherInnen fühlen sich akzeptiert. Die pluralisierte BewohnerInnenstruktur gibt genug Spielraum, um »Fremdes« aus der Distanz beobachten und einzuschätzen zu können. Personen, die eher negativ eingestellt sind, können neu eingebürgerten bzw. ausländischen Nachbarn ausweichen. Durch die heterogene Struktur ergibt sich der Vorteil, dass der soziale Druck geringer ist und prinzipiell besser mit Differenz umgegangen werden kann, als dies in kleineren Einheiten der Fall wäre. Die Probleme für Neo-ÖsterreicherInnen und junge ÖsterreicherInnen liegen nicht in der Nachbarschaft, sondern im sozialstrukturellen Bereich (mangelnde Ausbildung, schlechte Entlohnung am Arbeitsmarkt, etc.)

5.2.5 Interaktionsstruktur mit der Verwaltung, Politikvertrauen

Das Verhältnis zu »Wiener Wohnen« ähnelt der Beschreibung für den vorigen Bau und ist recht ambivalent. Einerseits braucht man diese für die Gemeindebauten zuständige Einrichtung, andererseits ist man selten zufrieden mit dem Service. Was jedoch laut den Interviews gut funktioniert, ist die Wohnungsvermittlung, wenn wirklich eine Not-situation besteht. Besonders fällt auf, dass bei den ganz jungen Befragten recht häufig eine Art Konkurrenzsituation im Verhältnis zu »Ausländern« auftritt, die von der eigenen unsicheren sozialen Position und einer schlechten finanziellen Lage hervorgerufen wird. Das Verhältnis zur Politik (im allgemeinen Sinn der Interessenvertretung) ist ebenfalls ambivalent. Das Vertrauen in Parteien, Lösungen für die eigenen Probleme bereitzustellen, ist sehr mangelhaft. Es gibt überraschenderweise besonders bei den jungen BewohnerInnen in dieser Untersuchungsgruppe ein latentes Unsicherheitsgefühl, das stark an Zuwanderungsfragen und Politikverdrossenheit gekoppelt ist.

5.3 Gemeindebau im 16. Bezirk

Die dritte Untersuchungseinheit ist ein Objekt der ersten Phase (1919–1934) und wurde Ende der 1920er-Jahre gebaut. Schon der äußere bauliche Zustand des Blocks ist schlecht. Die einzelnen Stiegen machen großteils einen sehr verwahrlosten Eindruck. Es gibt weder Gegensprechanlage noch Lift. Nach Aussagen aller interviewten Personen haben die Wohnungen Substandard-Kategorie, die von einigen BewohnerInnen durch Eigenmitteleinsatz verbessert wurde. Manche Wohnungstüren sind mit Aufklebern versehen, die anzeigen, dass hier FPÖ gewählt wird. In dieser Gegend gibt es mehrere vergleichbare alte Bauten, wobei die Verwaltung von »Wiener Wohnen« die Konfliktproblematik kennt.

Bevor ich diesen Gemeindebau auswählte, hatte ich die Befragung in einem vergleichbaren Bau durchführen wollen. Die Hausbesorgerin machte dafür eine Erlaubnis von »Wiener Wohnen« zur Bedingung, weil es »Probleme« im Haus gäbe. Nach mehreren Versuchen, mich dort zu informieren, erhielt ich die Auskunft, dass sich in diesem Bau einige so genannte »Problemfälle«, also sozial randständige BewohnerInnen (Alkoholiker wurden genannt), befinden und das Wohnklima konfliktreich ist. Daraus kann geschlossen werden, dass besonders in den schlechtesten, aber billigsten Wohnanlagen jene Marginalisierten wohnen, die sonst nirgends geduldet werden, und dass es zu einer Häufung von sozialer Ungleichheit in den schlechtesten und billigsten Gemeindebauten kommt.

5.3.1 BewohnerInnenstruktur, Nachbarschaftsverhältnisse und Tendenzen der Veränderung

Die BewohnerInnen sind *KleinstverdienerInnen*. Die Angaben zu den Einkommen reichen von 600 bis 900 Euro im Monat. Die Struktur ist sehr heterogen. Neo-ÖsterreicherInnen aus sehr verschiedenen Herkunftsländern (China, Russland, Türkei, Saudi Arabien) wohnen in diesem Gemeindebau. Zwischen einer kleinen Anzahl »Alteingesessener« entwickelten sich engere Nachbarschaftsbeziehungen. Diese sehen sich von »Ausländern« sowohl im Haus als auch in der Wohnumgebung umringt. Der anomische Zustand im und rund ums Haus – Müll und Möbel sollen aus dem Fenster geworfen worden sein; es gab sexuelle Belästigungen im Hof; im benachbarten Park treffen sich Drogendealer – wird von den Alteingesessenen auf »die Ausländer« zurückgeführt. Ihr Alltagsverhalten wird kaum beobachtet, vielmehr äußern die Befragten vorwiegend Ressentiments und Stereotype bei der Beschreibung von »Ausländern«. Wegen der großen Abneigung und des Misstrauens unterbleibt meist eine Annäherung.

Eine türkischstämmige Familie berichtet jedoch, dass sie mit einer österreichischen Nachbarin recht gut auskommt und sprechen kann. Sie haben auch gemeinsam Unterschriften für eine Gegensprechanlage gesammelt. Hausgemeinschaft gibt es hier keine mehr, sondern einzelne Parteien schließen sich zu Inseln zusammen, die mit ihren Nachbarn, in diesem Fall Neo-ÖsterreicherInnen, meist nichts mehr zu tun haben wollen. Besonders die alten BewohnerInnen sind abweisend, misstrauisch und verschlossen.

Die triste soziale Situation aller führt nicht zu einem gemeinsamen Zusammenschluss, sondern der eigene Frust wird abgeleitet, indem man eine kulturelle Differenz mit Hilfe von stereotypen Gruppenzuschreibungen überbetont. Zu erwähnen ist, dass auf einzelnen Stiegen der Anteil an Neo-ÖsterreicherInnen nicht höher ist als im Gemeindebau des 3. Bezirks (etwa ein Drittel). Es fehlt eine starke Gruppe, die sich den Bau und die Lebensbedingungen aneignet (vergleiche Untersuchungseinheit im 3. Bezirk). Grundannahmen eines lebensweltlichen Gestaltungs- und Einflusswillens gelten nicht mehr.

Für die eingebürgerten BewohnerInnen sieht dies anders aus. Auch sie beklagen sich über die Zustände im Haus. Eine türkische Familie versucht dagegen mit Initia-

tiven bei »Wiener Wohnen« anzukämpfen. Ein weiterer Befragter bekriegt sich mit seiner »österreichischen Nachbarin«, die ihn ständig schikaniert. Gemeinsame Aktivitäten finden nur bedingt durch die Organisationsstruktur der Gemeindebauten selbst statt (z. B. Unterschriftenlisten für eine Gegensprechanlage sammeln). Im Vergleich mit den anderen Objekten ist die Situation anomisch und die BewohnerInnenstruktur ändert sich ständig. Es ist keine Ortsverbundenheit und schon gar keine Ortsidentität anzutreffen. Erklärtes Ziel aller Befragten ist ein Auszug, den sie sich finanziell aber nicht leisten können.

5.3.2 Hausinterne Werte, Normen und soziale Kontrolle

Grundsätzlich fühlt sich niemand im Haus wohl. Natürlich gibt es Vorstellungen darüber, wie ein Zusammenleben aussehen sollte, nur mit der Durchsetzung hapert es. Woran könnte das liegen? Es gibt zwar Wünsche oder Ansätze, etwas zu verändern, dafür fehlt aber der soziale Zusammenschluss. Es fehlt eine Gruppe, die sich dem Haus und allen BewohnerInnen verpflichtet fühlt, um soziale Kontrolle im positiven Sinn zu ermöglichen. Das mangelnde Zusammengehörigkeitsgefühl führt lediglich zum Zusammenschluss einzelner kleiner Gruppen von BewohnerInnen, die aber nicht gemeinsam nach Lösungen suchen. Wenn Probleme auftreten, führt dies eher zum Streit »jeder-gegen-jeden«. Es schwelt ein beträchtliches soziales Konfliktpotenzial.

Die alt-österreichischen BewohnerInnen fühlen sich ihrer Lebenssituation »enteignet«. Sie haben die Definitionsmacht über hausinterne Verhaltensweisen verloren, sind verunsichert und wollen mit Neo-ÖsterreicherInnen meist nichts mehr zu tun haben. Die Enteignung betrifft nach ihrer Meinung nicht nur den Wohnort selbst, sondern auch die Wohnumgebung bzw. den Bezirk. Auch der schlechte soziale Status und die »Armut« spielen eine große Rolle. Die Abneigung kann so stark werden, dass man auf der Straße die Seite wechselt, um nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, auf ausländische Personengruppen zu treffen. In ihrer subjektiven Erfahrung fühlen sie sich von »Ausländern« umzingelt, sind fremd im eigenen Land. Die eingebürgerten BewohnerInnen bekommen die Auswirkungen unterschiedlich zu spüren. Im Alltag gibt es Streit um Kleinigkeiten (Regelkonflikte) oder es werden anonyme Beschwerden bei der Verwaltung lanciert (Rangordnungs- und Verteilungskonflikte).

An diesem Beispiel wird deutlich, wie soziale Strukturen entstehen, die zu starker AusländerInnenfeindlichkeit und Desintegration beitragen können. Nämlich dann, wenn Bevölkerungsschichten unterster sozialer Ebenen mit existenziellen Nöten aufeinander treffen und in schlechten sozialräumlichen Verhältnissen nebeneinander leben »müssen«. Das gleiche Schicksal verbindet nicht, sondern der eigene labile gesellschaftliche Status und die Verunsicherung suchen sich Kanäle der Entladung. Das Fremde und »Unvorhergesehene« wird sowohl zum realen Problem des Zusammenlebens als auch zum Problem der imaginären Bedrohung der eigenen Identität (Ebene Grätzeln).

5.3.3 Interne Interaktionsstruktur

Streit oder Konflikte stellen auch eine Form von Vergesellschaftung dar (»man rauft sich zusammen«). Bedingung für eine konstruktive Auseinandersetzung ist, dass die

involvierten Personen das Gegenüber auch als auseinandersetzungswürdigen, respektablen Partner sehen. Es muss Lösungsmöglichkeiten geben und die beteiligten Personen müssen selbst noch so viel Handlungsspielraum (psychosozial und sozialstrukturell) besitzen, um die eigenen Interessen vertreten und Teilinteressen durchsetzen zu können. Dafür fehlen in dieser Untersuchungseinheit großteils die Voraussetzungen. Es bilden sich kleinere Gruppen von Alteingesessenen, die schon in die innere Emigration geflüchtet sind. Sie weichen innerhalb der Nachbarschaft jenen aus, denen sie subjektiv die Schuld für die Zustände zuweisen und das sind stereotyp »die Ausländer«. Es findet eine Ethnisierung sozialer Problemfelder statt. Die befragten Neo-ÖsterreicherInnen sehen die Situation rationaler: Sie definieren den Zustand des Hauses über die schlechten Wohn- und Lebensbedingungen und ergreifen vereinzelt Initiativen für Verbesserungsmaßnahmen. Es fehlt ein Verständnis für eine gemeinsame Nachbarschaft oder einer Hausgemeinschaft.

5.3.4 Integrationspotenzial

Aufgrund der Verhältnisse im Haus kann kaum von einer positiven Sozialintegration ausgegangen werden. Wie zuvor beschrieben wurde, entlädt sich der soziale Druck der gesellschaftlichen Verlierer gegenseitig.

5.3.5 Interaktionsstruktur mit der Verwaltung, Politikvertrauen

»Wiener Wohnen« ist aus der Sicht dieser BewohnerInnen eine »Bastion«, eine Verwaltungsburg, die sich hinter einem Call-Center verbarrikadiert. Keiner der Befragten fühlt sich ernst genommen und die Anliegen werden nach ihren Aussagen nicht bearbeitet. Es zeigt sich, dass die umfangreiche Verwaltung und auch die Organe der Mitbestimmung versagen, wenn die sozialen Zustände in den Wohnanlagen so anomisch sind, dass keine sinnvollen Zusammenschlüsse der BewohnerInnen mehr möglich sind. Wenn im Haus die Kommunikation nicht klappt, dann funktioniert auch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung nicht, da man die eigenen Anliegen nicht genügend vertreten kann.

6. Zusammenfassung

Aus der qualitativen Untersuchung können wir mit großer Wahrscheinlichkeit schließen: In älteren Gemeindebauten, die hinsichtlich BewohnerInnenstruktur und Größe etwa den beschriebenen Untersuchungseinheiten ähneln, treten durch Neueinzüge deutliche Etablierten-AußenseiterInnen-Verhältnisse auf. Es gibt hausinterne Werte und Normen, deren Aufrechterhaltung auch durch »Lob- und Schimpfklatsch« verteidigt wird. In kleinen Bauten werden Konflikte direkt »face-to-face« ausgetragen. In größeren Bauten mit heterogener BewohnerInnenstruktur werden Konflikte »ausgelagert«, was bedeutet, dass man sich bei der HausmeisterIn und/oder bei der Verwaltung (»Wiener Wohnen«) beschwert.

Für die Befragten ist eine enge und vertraute Beziehung zur Wohnumgebung (Ebene Bezirk, Ebene Grätz) und zu den Nachbarn sehr wichtig. Es zeigt sich eine

sehr geringe räumliche Mobilitätsneigung. Man will nicht gern umziehen, wenn man sich wohl fühlt, und man braucht Zeit und Energie, um sich dann wieder heimisch zu fühlen.

Nachbarschaft ist kein Schlagwort. Soziale Beziehungen im Haus werden mit Hausgemeinschaft beschrieben. Darunter wird teilweise eine sehr enge Gruppenbeziehung verstanden, die auch gemeinsam geteilte Freizeit inkludieren kann. Es gibt kein anonymes Wohnen. Bei Neueinzug wird das gesamte soziale Beziehungsnetzwerk in Bewegung gesetzt, um möglichst viel über die neuen Nachbarn zu erfahren.

Diese oft über Jahrzehnte entstandene, vertraute soziale Struktur beginnt sich in den letzten Jahren deutlich zu verändern. Die erste Wohngeneration stirbt langsam aus. In ihre, für die heutige Zeit relativ kleinen Wohnungen ziehen sehr oft Enkelkinder dieser Verstorbenen, die zum ersten Mal von den Eltern wegziehen, neu eingebürgerte Familien oder Personen, die sich in einer sozialen Notsituation befinden. Die neuen Nachbarn werden nicht passiv hingenommen oder können in die völlige Anonymität abweichen. Die bisherigen BewohnerInnen sind neugierig und als Gruppe bestrebt, bisherige normative Setzungen für das Leben im Gemeindebau aufrechtzuerhalten. Oft setzen die Etablierten viel Energie ein, um die neuen Nachbarn im Sinne des Hauses zu »erziehen«. Diese Art von Nachbarschaft setzt aber eine relativ homogene und länger im Bau wohnende Mieterschaft voraus. Diese dünnt langsam aus. Insgesamt verändern sich innerhalb der Gemeindebauten die Nachbarschaftsstrukturen, sie werden weniger verbindlich und anonym.

Neo-ÖsterreicherInnen oder BewohnerInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft werden beim Neueinzug genau beobachtet. Sie haben eine Bringschuld der sozialen Annäherung. Generell gilt, dass im Haus ein Minimum an Kommunikation gepflegt wird. Besonders im Gemeindebau des 10. Bezirks konnte festgestellt werden, dass diese Gruppe sich um gute Nachbarschaft bemüht und dass diese Bemühungen wahrgenommen und positiv beurteilt werden. Wenn sich aber BewohnerInnen nicht um Kontakte bemühen und/oder kulturell als sehr »fremd« eingestuft werden oder anonym wohnen wollen, so ruft dies starke Abwehr hervor und es werden kulturelle Stereotype bei der Bewertung dieser Nachbarn angewandt. Erschwert wird die direkte Auseinandersetzung bei Problemen im Haus oft auch dadurch, dass die Neo-ÖsterreicherInnen schlecht deutsch sprechen.

Insgesamt erfolgt eine Eingliederung langsam, es herrscht eine Art »permissiver Ambivalenz« vor. Der Einzug von Neo-ÖsterreicherInnen wird meist nicht kategorisch abgelehnt, wenngleich nicht unbedingt als wünschenswert empfunden. Verantwortlich dafür ist auch eine diffuse Angst vor einer sozialen Abwertung. Andererseits wissen die befragten etablierten österreichischen BewohnerInnen, dass sie nichts dagegen machen können. Im Alltag möchte man sich dann aber schon »zusammenraufen«. Dabei ist feststellbar, dass die Gesamtheit einer sozialen Struktur (Vertrautheit mit der Umgebung und der Nachbarschaft, eigene soziale Situation) die Aufnahme von neuen Nachbarn (auch Neo-ÖsterreicherInnen) erleichtern oder erschweren kann.

Die Gemeindebauten sind in eine sehr gute Verwaltungsstruktur eingebunden. Die Mieter verfügen über formelle Mittel zur Mitbestimmung (Mieterbeirat, Mieter-

versammlungen). Diese Mittel tragen zu gemeinsamen Aktivitäten bei. Voraussetzung ist jedoch, dass sich die Mieterschaft einig werden kann. Beim Neueinzug von Mietern kommt es nach Interviewaussagen nie zu einer Vorabinformation. Geschweige denn, dass bei Kommunikationsproblemen mit Neo-ÖsterreicherInnen, die sehr oft mangelnde Sprachkenntnisse aufweisen, DolmetscherInnen zur Verfügung stehen.

Der Gemeindebau als Wohnort hat im gesamtgesellschaftlichen Gefüge einen schlechten Status. Junge BewohnerInnen benützen ihn als Ressource, wollen aber dort nicht lange bleiben. Ein sozialer Aufstieg wird durch eine Genossenschafts-, Eigentumswohnung oder ein Eigentumsheim markiert. Im Bewusstsein dieser Gruppe wohnen nur soziale AußenseiterInnen länger im Gemeindebau. Ein hoher »Ausländeranteil« wird unter sozialem Abstieg subsumiert, an dem man individuell nicht teilhaben möchte. Für alle befragten Neo-ÖsterreicherInnen stellte die Gemeindewohnung eine Verbesserung dar.

Literatur

- Bade, Klaus J. (2001) *Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Ende des 20. Jahrhunderts*. In: Bade, Klaus J. (Hg.) *Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Beiträge der Akademie für Migration und Integration, Nr. 4. Osnabrück, 19 – 47.
- Biffl, Gudrun (2004) *Chancen von jugendlichen Gastarbeiterkindern in Österreich*. In: WISO (Zeitschrift des Instituts für Sozial und Wirtschaftswissenschaften ISW), Nr. 2, 37 – 57.
- Bourdieu, Pierre (1991) *Physischer, sozialer und angelegener physischer Raum*. In: Wentz, Martin (Hg.) *Stadt Räume*. Frankfurt a. M./ New York, 25 – 36.
- Bourdieu, Pierre (1998) *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt a. M. (1. Auflage).
- BM BWK (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur) (2005) *Statistisches Taschenbuch 2005*. Wien.
- Dangschat, Jens (1994) *Segregation – Lebensstile im Konflikt, soziale Ungleichheiten und räumliche Disparitäten*. In: Dangschat, Jens S./ Blasius, Jörg (Hg.) *Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden*. Opladen, 426 – 445.
- Dangschat, Jens (2002) *Residentielle Segregation – die andauernde Herausforderung an die Stadtforschung*. In: Fassmann, Heinz u. a. (HgInnen) *Zuwanderung und Segregation*. Europäische Metropolen im Vergleich. Klagenfurt, 25 – 36.
- Dangschat, Jens (2004) *Segregation – Indikator für Desegregation?* In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, Nr. 2, 6 – 31.
- Elias, Norbert/ Scotson, John L. (1993) *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt a. M. (1. Auflage).
- Esser, Hartmut (1979) *Arbeitsmigration und Integration: Sozialwissenschaftliche Grundlagen*. Königstein, Ts.
- Esser, Hartmut (1980) *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*. Darmstadt.
- Fassmann, Heinz (1997) *Die ethnische Segmentierung des Wiener Arbeitsmarktes*. In: *Leviathan*, Sonderheft 17, 157 – 169.
- Fassmann, Heinz (2002) *Zuwanderung und Segregation*. In: Fassmann, Heinz u. a. (HgInnen) *Zuwanderung und Segregation*. Europäische Metropolen im Vergleich. Klagenfurt, 13 – 24.
- Flade, Antje unter Mitarbeit von Walter Roth (1987) *Wohnen psychologisch betrachtet*. Bern u. a. (1. Auflage).
- Glaser, Barney G./ Strauss, Anselm (1974) *Interaktion mit Sterbenden. Beobachtungen für Ärzte, Schwestern, Seelsorger und Angehörige*. Göttingen.
- Hanhörster, Heike/ Mölder, Margit (2000) *Konflikt- und Integrationsräume im Wohnbereich*. In: Anhut, Reimund/ Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) *Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*. Weinheim/ München, 347 – 400.
- Häußermann, Hartmut (1998) *Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen*

- sozialen »underclass«? In: Heitmeyer, Wilhelm u. a. (Hg.) *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*. Frankfurt a. M., 145 – 175.
- Heitmeyer, Wilhelm (1998) *Versagt die »Integrationsmaschine« Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihren Konfliktlagen*. In: Heitmeyer, Wilhelm u. a. (Hg.) *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*. Frankfurt a. M., 443 – 467.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1973) *Soziologie des Fremdarbeiterproblems: eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz*. Stuttgart.
- Kohlbacher, Josef (2000) *Interethnische Wohnnachbarschaft – Soziales Kontakt- oder Konfliktterrain. Theoretische und empirische Befunde zu nachbarschaftlichen Interaktionen von In- und Ausländern in Wien*. In: ÖZS (Österreichische Zeitschrift für Soziologie), Nr. 1, 68 – 91.
- Kohlbacher, Josef/ Reeger, Ursula (2002) *Zuwanderung und Segregation in Wien*. In: Fassmann, Heinz u. a. (HgInnen) *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*. Klagenfurt, 181 – 196.
- Lichtenberger, Elisabeth (1995) *Schmelztiegel Wien – das Problem der »neuen Zuwanderung« von Ausländern*. In: *Geographische Rundschau*, Nr. 1, 10 – 17.
- Magistrat der Stadt Wien, MA05 Statistik (2005a) *19.05 SchülerInnen an Allgemeinbildenden Pflichtschulen an der AHS-Unterstufe nach Staatsbürgerschaft und Bezirken*. Wien.
- Magistrat der Stadt Wien, MA05 Statistik (2005b) *Unselbständig Beschäftigte: 15.12 Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften*. Wien, verfügbar unter: <http://www.wien.gv.at/statistik/daten/index.html>, 29. 4. 2006.
- Magistrat der Stadt Wien, MA05 Statistik (2005c) *Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Bezirken 2000 – 2004*. Wien, verfügbar unter: <http://www.wien.gv.at/statistik/daten/index.html>, 29. 4. 2006.
- Nigg, Rosmarie (2005) *Städtische Räume & Wiener Verhältnisse. Integration von Zuwanderern und Nachbarschaft in Wiener Gemeindebauten. Eine empirische Untersuchung über Umgangsformen und Vorstellungswelten*. Diplomarbeit an der Universität Wien.
- Park, Robert E./ Burgess, Ernest W. (1970/ Orig. 1921) *Introduction to the Science of Sociology, Including an Index to Basic Sociological Concepts*. Student ed. Chicago u. a., XVIII.
- Park, Robert E. et al. (1968/ Orig. 1925) *The City*. Chicago u. a. (5. Auflage), X.
- Schütz, Alfred (1971) *Gesammelte Aufsätze. Das Problem der sozialen Wirklichkeit*. Bd. 1, und *Studien zur phänomenologischen Philosophie*, Bd. 3. Den Haag.
- Schütz, Alfred (1993) *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie*. Frankfurt a. M. (6. Auflage).
- Siebel, Walter (1997) *Die Stadt und die Zuwanderer*. In: *Leviathan*, Sonderheft 17, 30 – 41.
- Statistik Austria (2005) *Bevölkerungsstand 2002 – 2004*. Wien.
- Strauss, Anselm (1994) *Grundlagen qualitativer Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen und soziologischen Forschung*. München.
- Treibel, Annette (2003) *Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht*. Weinheim/ München (3. Auflage).
- Kontakt:**
rosmarie.nigg@gmx.at